

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/181

23. September 1975

Das Gebot der Stunde: Zurück zur Sachlichkeit !

Das Thema Investitionslenkung und die Verfassung von Rheinland-Pfalz

Von Wilhelm Dröbner MdL
Mitglied des SPD-Präsidiums und Oppositionsführer im
Landtag von Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Arzneimittelrecht wird gesamtreformiert

Verabschiedung erfolgt noch in dieser Legislatur-
periode

Von Jürgen Egert MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie
und Gesundheit

Seite 3 / 28 Zeilen

In China gelten andere Maßstäbe

Fazit einer realistischen Reise ins "Reich der Mitte"

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des Vor-
standes der SPD

Seite 4 / 40 Zeilen

Spekulation um ausgebliebene Manövergebote

Die Bonner Oetblock-Journalisten und die "Große
Rochade"

Seite 5 und 6 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 30 37 - 36
Telex: 05 22 248 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Das Gebot der Stunde: Zurück zur Sachlichkeit !

Das Thema Investitionslenkung und die Verfassung von Rheinland-Pfalz

Von Wilhelm Dröcher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Oppositionsführer im
Landtag von Rheinland-Pfalz

Ob der derzeit schon nicht geringe Einfluß der Regierungen in Bund und Ländern auf die Wirtschaft im allgemeinen und die Investition im besonderen noch verstärkt und die Instrumente verfeinert werden müssen, darüber kann und darf politisch diskutiert und gestritten werden: in der SPD, die sich dieses Problems angenommen hat, ebenso wie in der Koalition und in der Öffentlichkeit. Zu tiefes Bedauerlich ist dagegen, daß in einer derart wichtigen Sachfrage gar nicht mehr nach Argumenten, sondern nur noch nach dem politischen Prügel gesucht wird, um auf dem Andersdenkenden herumzuschlagen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich halte es für legitim, gegen Beschlüsse der SPD Stellung zu beziehen, die verstärkten staatlichen Einfluß bei der Lenkung entscheidender Investitionen der Wirtschaft vorsehen, denn ich halte es doch für ebenso legitim, daß in aller Offenheit und Öffentlichkeit darüber nachgedacht wird, was im Interesse des Ganzen und besonders im Interesse der gesamten Wirtschaft verbessert werden könnte.

Für skandalös befinde ich aber das Verhalten von Unions-Politikern, die aus naheliegenden ideologischen und parteitaktischen Gründen jegliche Schwächen der Marktwirtschaft leugnen, auch wenn sie auf der Hand liegen, und die deshalb die Überlegungen um die Bewältigung der ökonomischen und öffentlichen Investitionsprobleme nicht diskutieren, sondern gezielt verteufern wollen.

Vor allem Politiker aus Rheinland-Pfalz, an der Spitze der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl und sein Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, müssen sich den Vorwurf politischer Unglaubwürdigkeit und gewollter

politischer Verleumdung gefallen lassen, wenn sie verschweigen, daß sie Diskussionsvorschläge verteufern, die in der Verfassung ihres eigenen Landes seit Jahrzehnten verankert sind. Um mit einer der beliebten Kohl-Formulierungen aus dem Landtag, die er neuerdings im Bundestag auch zum Besten gibt, zu sprechen: Was ist das für ein Verfassungsverständnis, wenn ein auf seine Verfassung versidigter Ministerpräsident und sein gesamtes Kabinett gegen wichtige Grundsätze der Verfassung zu Felde ziehen ?!

In Artikel 70 der Landesverfassung von Rheinland-Pfalz heißt es unter der Überschrift "Staatliche Erzeugung und Güterverteilung" wörtlich: "Bei Lenkung der Erzeugung und Güterverteilung durch den Staat ist die gleichberechtigte Mitwirkung der Vertretungen von Unternehmern und Arbeitnehmern zu sichern."

Wenn diese "Lenkungs-Aussage" in der rheinland-pfälzischen Landesverfassung nicht ausreicht, sollte den Kommentar dazu lesen, der mit einem Vorwort des CDU-Kultusministers und CDU-Landesvorsitzenden Dr. Bernhard Vogel versehen ist. Dort heißt es: "Artikel 70 betont die planende und lenkende Tätigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet. Auf bundesstaatlicher Ebene sind in diesem Zusammenhang etwa für die Landwirtschaft der 'Grüne Plan' und für das Wohnungswesen der 'Lücke-Plan' zu erwähnen. Darüber hinaus eröffnet die Landesverfassung jedem Land weitere ungeahnte gestalterische Möglichkeiten." Und für den Bereich der Banken und Versicherungen, die fraglos für den Investitionsbereich besondere Bedeutung haben, hat der Verfassungsgeber in Rheinland-Pfalz festgelegt, daß der Staat unter Zuziehung der Kräfte der Wirtschaft Selbstverwaltung die Maßnahmen zu treffen habe, "welche eine Lenkung der Geldinvestition in volkswirtschaftlich erwünschtem Sinne sicherstellen".

Auch wenn inzwischen die Banken- und Versicherungsaufsicht zur konkurrierenden Gesetzgebung gehört, die der Bund weithin ausschöpfte: Ministerpräsident Kohl hat seinen Amtseid auf diesen Verfassungstext abgelegt und noch kein Wort der Distanzierung über seine Lippen gebracht.

Kohl und die Seinen mögen die eigene Verfassung auch weiterhin verschweigen. Sie sollten aber aufhören, den politisch Andersdenkenden sofort zu verteufern, wenn er über ein kritisches Problem laut nachzudenken und erst in Beschlüssen zu fassen beginnt. Und daß Lenkung und Lenkungsabsichten nicht gleich Verstaatlichung oder gar Neomarxismus bedeuten muß, dürfte der Hinweis auf die rheinland-pfälzische Verfassung aus dem Jahre 1947 zeigen. Auch manche Politiker in der FDP sollten sich daran erinnern, denn nicht wenige von ihnen haben auf diese Landesverfassung ebenfalls schon einen Eid abgelegt. Mit anderen Worten: Mehr Sachlichkeit in der Auseinandersetzung um die besten Wege für unsere Wirtschaft ist notwendig und das Gebot der Stunde. Mit Verteufelung allein ist niemandem geholfen.
(-/23.9.1975/ks/ee)

+ + +

Arzneimittelrecht wird gesamtreformiert

Verabschiedung erfolgt noch in dieser Legislaturperiode

Von Jürgen Egert MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Fragen, auch rhetorische Fragen verdienen Antworten. Im CDU-Pressedienst sorgt sich die Opposition über den weiteren Kurs der SPD-Bundestagsfraktion bei der Beratung der Arzneimittelrechtsreform. Diese Sorge, vorgebracht unter der Überschrift: "Weiß die SPD überhaupt noch, was sie will?" ist unbegründet.

Die SPD weiß, was sie will. Sie will noch in dieser Legislaturperiode keine Teillösung, sondern die Gesamtreform des Arzneimittelrechts. Die Absage der ersten Sitzung des Unterausschusses hatte ausschließlich organisatorisch-technische und keine inhaltlichen Gründe. Die Klausurtagung von SPD-Mitgliedern des Unterausschusses Arzneimittelrechtsreform, langfristige schon Mitte Juni festgelegt, drückt im Gegenteil den ernsthafte Willen aus, die Reform des Arzneimittelrechts voranzutreiben. Es hätte guter parlamentarischer Gepflogenheit entsprochen, den Sitzungstermin für den Unterausschuß vorab mit den Obleuten der Fraktionen abzustimmen. Dies ist nicht geschehen, so daß es zu der terminlichen Überschneidung der Sitzung kommen mußte. Die SPD nimmt die von der Opposition ausgedrückte teilweise Bereitschaft, an der Reform mitzuwirken, zur Kenntnis.

Sie wird die Opposition an ihren Taten messen. Dabei geht die SPD davon aus, daß zugegeben einzelne schwierige Fragen im Gesetzentwurf enthalten sind. Dies kann jedoch nicht dazu führen, nur um sich das Leben einfacher zu gestalten, diese Probleme vor sich herzuschieben. Die SPD erwartet, daß die CDU an der Lösung offener Fragen mitwirkt und kostbare Zeit nicht damit verschwendet, über angebliche Zick-Zack-Kurse der SPD, für die es außer in der Phantasie der Opposition sonst keinen Anhaltspunkt gibt, zu spekulieren. Es sei denn, die erklärte Bereitschaft der Opposition, an der Reform mitzuwirken, ist nur verbal gemeint und die Spekulationen über angebliche Kurschwankungen in der SPD sollen ausschließlich dazu dienen, von eigenen Schwierigkeiten abzulenken. (-/23.9.1975/ks/ee)

In China gelten andere Maßstäbe

Fazit einer realistischen Reise ins "Reich der Mitte"

Von Albert Daewald MdL

Ministerpräsident von Hessen und Mitglied des Vorstandes der SPD

Chinareisen dienen, glaubt man einem Teil der in der Bundesrepublik veröffentlichten Meinung, hauptsächlich und zuerst der persönlichen Profilierung. Im Reich der Mitte zeigt der bayerische Vorsitzende dem ungeliebten Kanzlerkandidaten des anderen Teils der Opposition, wer der Größte ist. Nicht der Inhalt der Gespräche scheint wichtig, sondern ihre Länge in Minuten gemessen - Oppositionediplomatie!

Der Politiker in der Verantwortung hat andere Aufgaben; gerade in der Volksrepublik China. Ihm kann es nicht um Ersatzbefriedigung für heimische Frustrationen gehen. Der weite Weg nach Fernost ist nur gerechtfertigt, wenn der Besucher nach Rückkehr mehr vorzuweisen hat, als freundlich gewährte Ehrungen.

Der äußere Anlaß meines zehn-tägigen Aufenthaltes in China war die Deutsche Industrieausstellung "TechnoGerma '75," eine Leistungsschau, die über Produkte und know-how informierte. In meinen Gesprächen habe ich bei den Ausstellern eine sehr realistische Einstellung zum Thema China als Markt registriert: Niemand sah die Volksrepublik als Markt von 800 Millionen Konsumenten, auf dem man von heute auf morgen eine schier unbegrenzte Zahl von Produkten absetzen könnte. Die Wirtschaftsexperten wußten, daß in China andere Zeitmaßstäbe gelten: Auf der "TechnoGerma" hat die Bundesrepublik ihre Visitenkarte abgegeben und Kontakte aufgenommen, die wirtschaftlich frühestens mittelfristig, wahrscheinlich erst langfristig Folgen zeigen.

Wer in China - und das sage ich trotz der bereits abgeschlossenen, vielversprechenden Geschäfte - eine "schnelle Mark" machen will, der wird enttäuscht werden. Die Wirtschaftssysteme - dies ist eine Sinsensweisheit auch aus den Beziehungen zu den anderen Staatshandelsländern - der Bundesrepublik und der Volksrepublik sind grundsätzlich so verschieden, daß ein einfaches Aneinanderkoppeln via gegenseitigem Warenaustausch nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Und dies macht auch die Aufgaben der deutschen verantwortlichen Politikern klar, die nach China reisen. Sie können Wege aufzeigen, Türen öffnen, Gesprächspartner aus unserer Wirtschaft avisieren und informieren. Das zu leisten, habe ich probiert. Nach dem Kennenlernen geht es darum, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und zu vertiefen; die greifbaren Erfolge kommen nach.

Auf höchster Ebene gibt es zwischen China und der Bundesrepublik Verhandlungen über die Gründung einer deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission; auch über ein Luftfahrtabkommen werden Gespräche geführt. Bundeskanzler Helmut Schmidt, als der Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland, wird noch in diesem Jahr bei seiner China-Reise den Höhepunkt der jungen deutsch-chinesischen Beziehungen setzen. (-/23.9.1975/Sa/ee)

Spekulation um ausgebliebene Manövergäste

Die Bonner Ostblock-Journalisten und die "Große Rochade"

Sechs Wochen nach Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sieht sich der Krenl in Zugzwang gebracht. Es muß Beweis angetreten werden, wie ernst es ihm und den anderen Warschauer-Pakt-Staaten mit den vertrauensbildenden Maßnahmen ist, unter die sie im Schlußdokument von Helsinki ihre Unterschrift gesetzt haben.

Eine erste Probe auf Exempel jedenfalls ist mißraten. Die Reaktion auf die detaillierte Ankündigung des ersten Bundeswehr-NATO-Manövers nach Helsinki, der "Großen Rochade", machte deutlich, daß es nach wie vor einen Unterschied zwischen den Buchstaben von Verträgen und dem in ihnen ausgedrückten Willen, dem "Geist", gibt.

Die erste Reaktion Moskaus auf die bundesdeutsche Manöverankündigung ist in der Moskauer Parteizeitung "Prawda" nachzulesen. Neben den üblichen Bemerkungen, mit denen militärische Übungen des Westens kritisch kommentiert werden, fehlt nicht der Hinweis, daß die "Große Rochade" dem Geist der KSZE-Schlußakte widerspreche. Eine Erklärung fehlt freilich. Die mag sich jeder selber zusammenreimen.

Und so entspricht es auch östlicher Logik, daß trotz ausdrücklicher und zum Teil auch akzeptierter Einladung von Bundesverteidigungsminister Georg Leber keiner der Journalisten der Warschauer-Pakt-Staaten die Reise des Bonner Vereins der Auslandspreese ins niederbayerische Manövergelände mitmachte. Obwohl ursprünglich offenbar bereit, der Einladung zu folgen, waren plötzlich alle "verhindert". Wohl erst im letzten Augenblick erreichte die Weisung des Krenl die Journalisten aus Warschau und Prag, die noch am Vorabend der Manöver-Reise am 18. September auf der Teilnehmerliste gestanden hatten. Zum Abflug ins Manöver erschienen sie jedenfalls nicht.

Dies gibt Anlaß zu Spekulationen über die Gründe dieses Sich-Verassegens oder, wie bissigere Zungen sagen: des Boykotts. Will Moskau später

bei eigenen Manövern etwa darauf hinweisen können, daß man auch bei NATO-Manövern nicht durch Beobachter vertreten gewesen sei und es also keinen Anlaß gäbe, umgekehrt westliche Beobachter einzuladen? Oder will der Kreml auch mit diesem Schritt sein Mißfallen über die als "Kriegsvorbereitung" angesehenen Herbstmanöver der NATO ausdrücken? Oder ist nur der Prozeß der Meinungsbildung nach Helsinki im Warschauer Pakt noch nicht abgeschlossen?

In jedem Fall weiß man drüben ganz genau, warum der Westen so großen Wert auf detaillierte Manöverankündigung legte. Die NATO gibt auch offen zu, daß man hiermit eine "gewisse Präjudizierung" habe schaffen wollen. Daß dies den Kreml-Führern nicht so recht ins Konzept paßt, dürfte klar sein. Auf dem Manövergebiet sieht man sich jetzt in die Defensive gebracht. Und der Trick mit dem Manöver-Splitting ist, noch bevor er überhaupt angewendet wurde, von der NATO schon erkannt und ihrerseits als mit dem Geist der Entspannung nicht vereinbar erklärt worden.

Nun ist es in der Tat so, daß der Warschauer Pakt bei den vertrauensbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet nicht viele neue Erkenntnisse hinzugewinnen kann. Der Bundesverteidigungsminister sagte es bei der "Großen Rochade" deutlich: "Wir haben da nichts zu verbergen." Schon 1972, als unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt die Entspannungspolitik mit dem Osten der Realisierung entgegengeführt wurde, waren schließlich zum Manöver "Gutes Gmen" Ostblockjournalisten geladen worden. Wenn jetzt, wie im Oktober zum Manöver "Certain Track", auch offizielle Ostblock-Beobachter, sprich die Militärattachés, zur Teilnahme gebeten werden, so sieht man sich wiederum gedrängt, längst gegebene Zusagen zu realisieren und mit der Bundesrepublik Militärattachés auszutauschen.

Realisten wissen: Entspannung ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Es besteht aber Anlaß zu dem Optimismus, daß der Warschauer Pakt, der in Helsinki nicht nur mitunterzeichnete, sondern sich rühmt, Initiator der KSZE gewesen zu sein, sein internationales Ansehen nicht durch kleinteiliges Taktierenaufspiel setzt.

Karl-Heinz Hahelach
(-/23.9.1975/ks/ee/ee/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller